

Stiftung Marktwirtschaft (Ed.)

Research Report

Die Legende vom "Sozialabbau"

Argumente zur Wirtschaftspolitik, No. 2

Provided in Cooperation with:

Stiftung Marktwirtschaft / The Market Economy Foundation, Berlin

Suggested Citation: Stiftung Marktwirtschaft (Ed.) (1985) : Die Legende vom "Sozialabbau", Argumente zur Wirtschaftspolitik, No. 2, Frankfurter Institut für Wirtschaftspolitische Forschung, Bad Homburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/99858>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

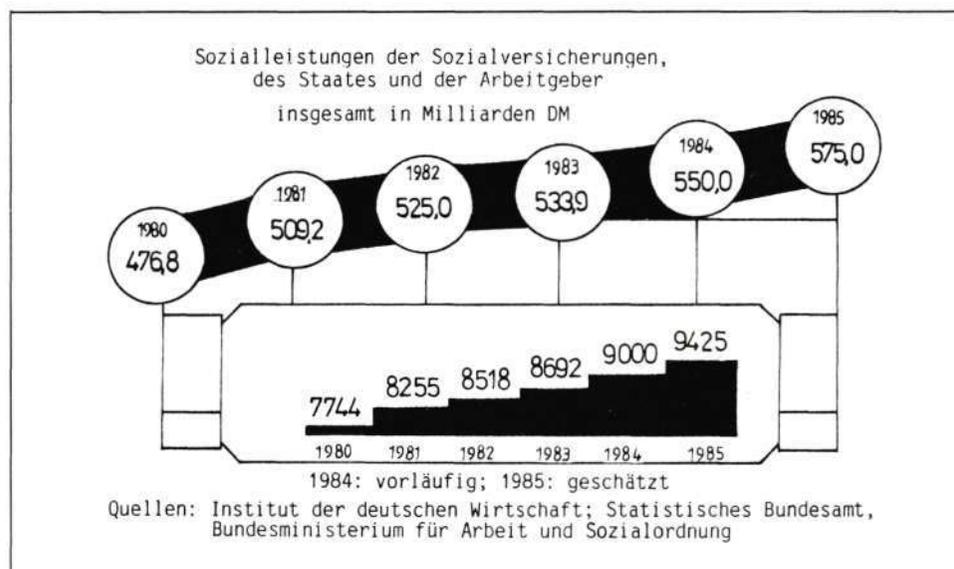


DIE LEGENDE VOM "SOZIALABBAU"

Sozialleistungen - Der Anstieg wurde kaum gebremst

Anfang der 80er Jahre standen die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherungen wegen überzogener Sozialleistungen aus der Zeit der Hochkonjunktur vor einem finanziellen Abgrund. Entgegen vielen Behauptungen erfolgten die notwendigen Sanierungsmaßnahmen nicht einseitig zu Lasten der sozial Schwachen. Tatsache ist, daß sich das Gesamtvolumen der Sozialleistungen trotz der bereits 1982 von der SPD-geführten Regierung eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen weiter erhöht hat. Gebremst wurde lediglich der übermäßige Anstieg von Sozialleistungen im Vergleich zum Anstieg des Volkseinkommens. Von "Sozialabbau" kann daher nicht die Rede sein:

- * Die Sozialleistungen der Sozialversicherungen, des Staates und der Arbeitgeber stiegen von 1982 bis 1985 um 50 Mrd. DM auf 575 Mrd. DM. 1975 betrug die Summe der Sozialleistungen erst 347 Mrd. DM.
- * Je Einwohner werden im Jahr 1985 ca. 9.425 DM für Sozialleistungen ausgegeben. In den Jahren 1975 bzw. 1982 betrug die Vergleichszahlen 5.608 DM bzw. 8.518 DM.



Allein diese Leistungen beanspruchen bereits ein Drittel des Bruttosozialprodukts.

Die gesamten Sozialleistungen sind jedoch wesentlich höher:

- * Soziale Aktivitäten, die nicht öffentliche Kassen, sondern Bürger oder Unternehmer direkt belasten, sind nicht eingerechnet. Zu dieser "Sozialpolitik zu Lasten Dritter" gehören z.B. der Mieterschutz, der Kündigungsschutz, der Sozialplan und die Lohnfortzahlung.
- * Subventionen mit sozialer Komponente, wie z.B. im Nahverkehr oder die Studiengeldfreiheit an den Universitäten, bleiben ebenfalls unberücksichtigt. Deren Volumen ist nur schwer quantifizierbar, weil mit vielen Subventionen trotz primär wirtschaftspolitischer Begründung letztendlich soziale Ziele angestrebt werden, wie z.B. mit Erhaltungssubventionen bei Arbed-Saarstahl oder den Werften.

Fazit: Das soziale Netz erfaßt mehr Sachverhalte, als die Zahlen des Sozialberichts der Bundesregierung es wiedergeben. Insgesamt dürfte damit die Beanspruchung des Sozialprodukts durch soziale Maßnahmen deutlich höher liegen.

Sozialleistungen - Das Netz ist immer noch engmaschig

Den vielbeklagten Schnitt in das soziale Netz hat es nicht gegeben. Stattgefunden haben Umschichtungen. Dazu einige Schlaglichter:

* Arbeitslosenversicherung

- Kürzungen: Verlängerung der beitragspflichtigen Zeit für den Anspruch auf Arbeitslosengeld. Senkung des Arbeitslosengeldes bzw. der Arbeitslosenhilfe für kinderlose Empfänger von 68 Prozent auf 63 Prozent bzw. von 58 Prozent auf 56 Prozent des Nettoentgelts.
- Verbesserungen: Verlängerung des Bezugs von Arbeitslosengeld auf 18 Monate für die über 49 Jahre alten Erwerbslosen (ab 1986 zwei Jahre), Aufstockung der Mittel für die berufliche Qualifikation um 750 Mio. DM, Senkung des Beitragssatzes von 4,6 auf 4,4 Prozent.

* Renten:

Mit der Rentenanpassung von nur 1,3 Prozent netto in diesem Jahr wurde das korrigiert, was in den Jahren zuvor den Neid der Erwerbstätigen wecken mußte. Die Renten waren stärker gestiegen als die Nettoeinkommen der Aktiven. Das Rentenniveau war 1984 mit 65,3 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens fast genauso hoch wie im Rekordjahr 1977. Desweiteren wurde die Wartezeit für die Altersrente von fünfzehn auf fünf Jahre gesenkt. Damit bekommen Millionen von Hausfrauen, die einige Jahre gearbeitet haben, einen eigenen Rentenanspruch. Die Anrechnung der Kindererziehungszeiten auf den eigenen Rentenanspruch beschert den Müttern und Vätern vom Jahrgang 1921 an noch zusätzlich eine um 25 DM pro Kind höhere Rente im Monat. Allein das kostet drei Mrd. DM im Jahr.

NETTO-RENTENNIVEAU 1977 - 1984
(bei 40 Versicherungsjahren; in % des
durchschnittlichen Nettoeinkommens)

1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
65,6	64,6	63,8	63,2	62,9	64,6	64,5	65,3	65,0

Quelle: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger
1985: geschätzt

- * Der Wegfall des viermonatigen Mutterschaftsurlaubsgeldes von maximal 510 DM pro Monat zum Ende des Jahres wird mehr als ausgeglichen durch die Einführung eines zunächst zehnmonatigen Erziehungsgeldes in Höhe von 600 DM für alle Mütter bzw. Väter. Dieses Erziehungsgeld, dessen Bezug ab 1988 auf zwölf Monate verlängert wird und dessen Zahlung in den ersten sechs Monaten unabhängig von der Bedürftigkeit erfolgt, verursacht beim Bund 1987 voraussichtliche Mehrkosten von 1,4 Mrd. DM. Die Belastungen der Unternehmen durch den Erziehungsurlaub sind nicht eingerechnet.
- * Am 1. Juli 1985 wurden die Regelsätze für die Sozialhilfe um durchschnittlich 8 Prozent auf 385 DM pro Monat angehoben, und 1986 wird das seit 1981 nicht mehr angepaßte Wohngeld erhöht.

Fazit: Die in der Regierungserklärung von Oktober 1982 angekündigte Atempause in der Sozialpolitik hat nicht stattgefunden. Die Leistungen für die Arbeitslosen und Rentner wurden nur geringfügig gesenkt; für die Mütter und die Familien wurden sie erhöht. Nicht einmal berücksichtigt ist dabei das sozialpolitisch bedeutsamste Faktum: Bei stabilen oder gar sinkenden Preisen partizipieren auch und vor allem die sozial schwächsten Gruppen durch steigende Realeinkommen am Aufschwung. Ein Prozentpunkt weniger Inflation im Jahr macht heute statistisch ca. 11 Mrd. DM mehr real verfügbares Einkommen aus.

PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG
(Veränderung gegen Vorjahr bzw. Vorjahresmonat in %)

1980	1981	1982	1983	1984	1985 (Oktober)
5,4	6,3	5,3	3,3	2,4	1,8

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

Auch die für 1986/1988 geplante zweistufige Steuerreform kann nicht als Beleg für eine "Umverteilungsaktion von unten nach oben" dienen:

- * Durch die Reform sinkt die durchschnittliche Steuerschuld der Kleinverdiener mit einem Jahreseinkommen bis 18.000 DM bei Ledigen und 36.000 DM bei Verheirateten um 10,8 Prozent. Bei Spitzenverdienern mit einem Jahreseinkommen

von mehr als 130.000 DM / 260.000 DM sinkt die Steuerschuld dagegen nur um 2,6 Prozent.

- * Auf die 12,4 Millionen Steuerpflichtigen der unteren Progressionsstufe des Einkommensteuertarifs (18.000 DM bis 60.000 DM bzw. 36.000 DM bis 120.000 DM Jahreseinkommen) entfällt der größte Teil des Entlastungsvolumens. Dieser Kreis bringt heute mehr als 60 Prozent des gesamten Lohn- und Einkommensteuervolumens auf.

Sozialleistungen - Eine Reform des Systems ist notwendig

Zahlen und Tatsachen widerlegen die Behauptung von einer einseitigen Belastung der sozial Schwachen. Wegen der zunehmend kreditfinanzierten Sozialleistungen und wegen der schnell wachsenden öffentlichen Verschuldung mußte allerdings der Zuwachs an Sozialleistungen gebremst werden. Die Finanzierung des heutigen Sozialkonsums zu Lasten der kommenden Generation erscheint schon wegen der steigenden Überalterung der deutschen Bevölkerung unvertretbar.

Eine grundlegende Reform des Systems der sozialen Sicherung ist dringend geboten. Es ist und bleibt eine der Aufgaben der sozialen Marktwirtschaft, die wirklich Bedürftigen zu unterstützen. Um einen Ausgleich zwischen den Leistungsfähigen und den Bedürftigen herzustellen, muß ein System der personellen Umverteilung vorhanden sein. Was immer dabei die Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit sein mag: Jede Gerechtigkeitsvorstellung erfordert für den einzelnen Durchschaubarkeit, also die Kenntnis dessen, wieviel er zu zahlen hat und wieviel er zu empfangen berechtigt ist. Dies ist heute im seltensten Fall gegeben. Wir haben ein Konglomerat von sozialen Maßnahmen, dessen Verteilungswirkung überhaupt nicht mehr kalkulierbar ist.

Diese Undurchschaubarkeit fördert die Vorstellung vom Wohlfahrtsstaat als einer Institution, die immer nur gibt oder Gutes tut, deren Abgabenbelastung man sich aber ungestraft entziehen kann. Die Tatsache, daß der Staat zwangsläufig zumindest ebenso viel nehmen muß wie er gibt, wird verdrängt. Wer so denkt, dem bleiben die Mechanismen des Wohlfahrtsstaates verborgen. Der Wohlfahrtsstaat macht uns insgesamt nicht wohlhabender, sondern er steuert bestenfalls die Verteilung unseres Wohlstandes.

Zum Wohlfahrtsstaat siehe auch: W. Engels, "Über Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit - Kritik des Wohlfahrtsstaates, Theorie der Sozialordnung und Utopie der sozialen Marktwirtschaft", herausgegeben vom FRANKFURTER INSTITUT für wirtschaftspolitische Forschung e.V., Bad Homburg v.d.H., November 1985, Einzelpreis DM 18,--